

Editorial

Gewerkschaften: Wie beweglich ist ein Tanker?

Die Warnungen kommen von allen Seiten, insbesondere aber von außen: »Haben sich die Gewerkschaften überlebt?« fragt die Tugendwächterin der Liberalität (Die Zeit) jüngst in einer ausführlichen Serie über die Gewerkschaften in der westlichen Welt, und sie konstatiert eine »tiefe Krise«, denn »die dritte industrielle Revolution, der Wandel der Wirtschaft und der Arbeitsplätze — das alles läuft an den Arbeitnehmerorganisationen vorbei.« Die Gewerkschaften sind zu Verteidigungsorganisationen absteigender sozialer Gruppen geworden, die Zukunft ereignet sich an ihnen vorbei, so lautet die These von Dahrendorf — und nicht nur selbsternannte Tugendwächter stimmen dem zu.

Wenn liberale Propheten sich um die Gewerkschaften sorgen, dann gewiß nicht aus neu entdeckter Freundschaft. Sie treibt die Sorge um die »Stabilität der Volkswirtschaft« und um die Funktionstüchtigkeit des politisch-sozialen Regulierungssystems von Gesellschaft und Wirtschaft. Das ist heute nicht anders als vor ca. 130 Jahren, als — unter den Bedingungen eines gesellschaftlichen Umbruchs, der großindustrielle Produktionsstrukturen und ein Proletariat hervorbrachte, das den Konkurrenzverhältnissen des kapitalistischen Marktes weitgehend schutzlos ausgesetzt war — die einsetzenden Diskussionen um die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse (im Kampf um den Normalarbeitstag und um das notwendige Minimum an sozialer Sicherung) mit Betrachtungen zur ökonomischen und politischen Stabilität der Gesellschaft verknüpft wurden. Der liberale Diskussionszusammenhang hat sich seither wenig geändert: Um der Modernisierung der Volkswirtschaften willen wird heute nach neuen Elementen und Formen politisch-sozialer Regulierung verlangt; im zeitgenössischen Klartext heißt das zunächst einmal »Flexibilisierung« der Arbeitskraft und der Arbeitsverhältnisse — ohne daß damit zugleich die Grundpfeiler und Akteure gesellschaftlicher Regulierung in Frage gestellt würden. Denn »nur starke Gewerkschaften... sind Garanten für stabile Volkswirtschaften« (E. Martens, in: Die Zeit v. 2. Mai 1986). Dabei gilt — soviel ist klar — die liberale Sorge weniger der Gegenmacht als dem Ordnungsfaktor.

Durch den gegenwärtigen Umbruch in den ökonomisch-gesellschaftlichen Strukturen der BRD scheint die Funktionsfähigkeit der aktuellen Formen des institutionalisierten Klassenkonfliktes bedroht, weil die Gewerkschaften Gefahr laufen, die Vermittlung von Mitgliederinteressen und Kapital-/Systeminteressen (d.h. ihre »intermediäre Funktion« (Müller-Jentsch) nicht mehr wahrnehmen zu können. Befürchtet wird von der liberalen Seite indes nicht mehr der »Gewerkschaftsstaat«, ein »Zuviel« an gewerkschaftlicher Macht — sondern eher sein Gegenteil: zwei Jahre nach dem Konflikt um die Arbeitszeitverkürzung, nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 und der Veränderung des § 116 AfG lautet die liberale Botschaft: Vorsicht vor der Entwicklung »anarchischer« Formen der Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten, Vorsicht vor einer abnehmenden Berechenbarkeit von Formen und Strukturen industrieller Beziehungen. Mit anderen Worten: Es gibt Grenzen der Flexibilisierung im »volkswirtschaftlichen Interesse«. Das sozialdemokratische 'Modell Deutschland' läßt grüßen, die »Amerikanisierung« der industriellen Beziehungen (vgl. PROKLA 54) ist für

die Freunde und Förderer des Kapitals in der BRD keineswegs eine unumstrittene Zielsetzung.

Und auf der anderen Seite? W. Müller-Jentsch hat vor zwei Jahren in der PROKLA (Heft 54) warnend prophezeit »Die Gewerkschaften haben eine Zukunft — sofern wir eine haben. Es ist die Zukunft von Interessenverbänden, auf die abhängig Beschäftigte ebensowenig verzichten können wie Autofahrer auf den ADAC (oder ACE).« Ein inzwischen vielzitiertes Satz, der Ausdruck des Abschieds von weitergehenden politischen Hoffnungen auf eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft mit und durch die Gewerkschaften war. Die Gewerkschaften als integraler Bestandteil des bürokratischen Industrialismus, unfähig, innovative demokratische Potentiale aufzunehmen und ihre versteinerte Organisationspraxis zu revitalisieren? Die gewerkschaftliche Zukunft demzufolge reduziert auf die Interessenvertretung einzelner, durchsetzungsfähiger Gruppen von Arbeitnehmern, korporatistische Facharbeitergewerkschaften?

J. Esser hat die gewerkschaftliche Krise (d.h. die Schwächung ihrer Integrationsfähigkeit, Kampfstärke und organisatorischen Stabilität) auf eine »strategische Entscheidung« der bundesrepublikanischen Gewerkschaften für den »selektiven Korporatismus« zurückgeführt; für ihn stellt sich Gewerkschaftspolitik dar als Ort der Vermittlung gesellschaftlicher Klassenkompromisse, bei denen die nationalen Modernisierungspolitiken zur Sicherheit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des BRD-Kapitals solange akzeptiert werden, wie die sozialen Kosten primär von den Randgruppen der Arbeitnehmer getragen werden müssen. Die Gewerkschaften also aktiv mitbeteiligt an der Spaltung der Gesellschaft, ohne daß dadurch die politische Stabilität gefährdet würde? Daran habe auch der Arbeitskampf im Sommer 84 nichts wesentliches geändert, im Gegenteil »sei zu vermuten, daß sowohl Regierung als auch Gewerkschaften weiterhin eine Art konfliktorischer Partnerschaft anstreben... (wenngleich) auf veränderter sozio-ökonomischer Grundlage und veränderten, für die Gewerkschaften ungünstiger gewordenen politisch-sozialen Kräfteverhältnissen.« (Esser, Auf dem Wege zu einer neuen Partnerschaft? in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11, 1985)

Nun haben prophetische Warnungen häufig eines miteinander gemein: die Hoffnung, daß das Gegenteil der Prophezeiung eintreten möge. Für die liberalen, bisher wohl verkannten Freunde der Gewerkschaftsbewegung heißt dies, daß die Gewerkschaften sich stärker auf die Zukunftssektoren der industriellen Entwicklung und die dort beschäftigten Arbeitnehmer konzentrieren mögen, daß sie den Prozeß sozialer Modernisierung derart begleiten, wie es ihnen von Teilen der linken Kritiker bereits heute vorgeworfen wird. Und umgekehrt schwingt in der Kritik der Gewerkschaften als partikularer Interessenverband zugleich immer auch die Hoffnung mit, solidarische Wege aus der Umstrukturierungskrise finden zu können.

In Heft 61 der PROKLA sind wir der Frage nachgegangen, inwieweit sich beim Einsatz neuer Produkte und Produktionstechniken, bei der veränderten Arbeits- und Produktionsorganisation und nicht zuletzt bei der betrieblichen Nutzung des Arbeitsvermögens generalisierbare Tendenzen des Umbruchs industrieller Produktion aufzeigen lassen. Unsere vorläufige Schlußfolgerung war die, daß es noch keine eindeutigen (»post-fordistischen«) neuen Vergesellschaftungsformen industrieller Arbeit gibt und auch keine konsistenten politischen und Managementstrategien der Flexibilisierung, daß gegenwärtig eher unterschiedliche Instrumente zur Neuorganisation von Arbeit erprobt werden. Feststellbar scheint allerdings eine Tendenz zur »Verbetrieblichung« und »Individualisierung« sowohl materialer wie prozeduraler Regelungen. Die Gefahren für eine solidarische Gewerkschaftspolitik hatten wir dort

als sehr bedrohlich eingeschätzt — zumal die Umstrukturierungskrise die materiellen Grundlagen gewerkschaftlicher Organisationsstrukturen umfassend modifiziert. Und dies gälte, so Ch. Sabel in PROKLA 62, im Grundsatz, unabhängig von den historisch konkreten Formen gewerkschaftlicher Politik, für alle hochentwickelten kapitalistischen Länder mit einer auf nationale Industriegewerkschaften gestützten Arbeiterbewegung und unabhängig davon, ob sich die Gewerkschaften als pragmatisch, reformistisch oder revolutionär verstehen, ob sie zentralistisch organisiert sind oder nicht, ob die mit ihnen befreundeten Parteien in der Regierung sind oder in der Opposition.

In diesem Heft wollen wir uns stärker auf die gewerkschaftlichen Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik konzentrieren und dabei — in durchaus selbstkritischer Perspektive — überprüfen, welche Wege die Gewerkschaften beschreiten können — zwischen Facharbeitergewerkschaften und Verteidigungsorganisationen (absteigender sozialer Gruppen), zwischen versteinelter Organisationspraxis und ihrer Reaktivierung zu einer Bewegung auf breiterer sozialer Basis.

J. Hoffmann analysiert in seinem Beitrag die zentralen Elemente der neuen Strukturen ökonomischer, sozialer und politischer Reproduktion, um der Frage nach dem Handlungsspielraum gewerkschaftlicher Politik in der Restrukturierungskrise nachzugehen. Angesichts des Formwandels der Politik, die über einen Umbau des Sozialstaats die arbeits- und sozialrechtlichen Voraussetzungen individualisierter und flexibilisierter Arbeitsverhältnisse schaffen will, werden die industriellen Beziehungen — als Konflikt/Kompromißstruktur zwischen Lohnarbeit und Kapital — insgesamt zur Disposition gestellt. Den Gewerkschaften verbleiben demnach zwei grundsätzliche Handlungsmöglichkeiten: a) die »traditionalistische« gewerkschaftspolitische Antwort der Verteidigung sozialer Besitzstände und b) die Krise als Chance zur Neuformulierung ihrer Politik zu nutzen. So wichtig die Politik der Besitzstandssicherung kurzfristig für die von Rationalisierungen und Arbeitsplatzverlust betroffenen Arbeitnehmer ist und so sehr die Tatsache nicht übersehen werden darf, daß die Verteidigung der Struktur des Sozialstaats gegen die Sparpolitik der Regierung auch im Rahmen einer defensiven Lohnpolitik (in der Krise) bereits vereinheitlichende Elemente enthält, so fraglos ist zugleich das damit gegebene gewerkschaftliche Dilemma: Die gegenwärtigen ökonomisch-technologischen Strukturen und ihre Kompromißspielräume werden als »sozialer Besitzstand« der (beschäftigten) Lohnarbeiter gegen die Dynamik der kapitalistischen Konkurrenz verteidigt — unter Preisgabe eines eigenen Konzeptes politischer Steuerung. Wenn die gegenwärtige Phase, so Hoffmann, eine der Neuzusammensetzung der ökonomischen, sozialen und politischen Elemente der gesellschaftlichen Reproduktion ist, dann kommt es darauf an, diese Neuzusammensetzung nicht nur im Horizont der kurzfristigen (materiellen) Interessen gegenwärtiger Gewerkschaftsmitglieder mitzugestalten, sondern auch den absehbaren Veränderungen in den Arbeits- und Lebenswelten breiterer Bevölkerungsschichten programmatisch Rechnung zu tragen. Hoffmanns Ansatz ist ohne Frage normativ, kann sich jedoch auf eine Reihe von Elementen der neueren gewerkschaftlichen Praxis in der Bundesrepublik stützen — sie derart zu stärken, daß die Gewerkschaften wieder als soziale Bewegung in Erscheinung treten, enthielte zumindest die Chance, in der Restrukturierungskrise mehr zu sehen als eine Reinigungskrise des Kapitals.

Um den Formwandel der Politik in der Restrukturierungskrise, genauer: um die arbeits- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen eines Umbaus des Sozialstaats im Zeichen der ökonomischen Krise geht es auch in U. Mückenbergers Beitrag. Sein Interesse gilt der Frage, welche Rolle das Normalarbeitsverhältnis bei den gegenwärtigen staatlichen Interventionen in die

industriellen Beziehungen und in das System der sozialen Sicherung spielt und »nach welcher Logik dabei die Chancen wie Risiken bestimmter Beschäftigtengruppen neu konstituiert werden«. Die neuere Arbeits- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik ist zentriert um Konzepte wie »Flexibilisierung des Arbeitsverhältnisses«, »Abbau beschäftigungshemmender Arbeitsschutzvorschriften« etc. — und dies schon seit Mitte der 70er Jahre, als erstmals einschneidende Eingriffe in die sozialrechtlichen Positionen bestimmter Gruppen von abhängig Beschäftigten vorgenommen wurde. Allen von Mückenberger unter dem Begriff der »De-regulierung« des Arbeitsverhältnisses analysierten Gesetzen und Gesetzesinitiativen der letzten Zeit ist gemeinsam, daß sie den Geltungsbereich des Normalarbeitsverhältnisses einschränken, damit zunächst die individuelle Reproduktionssicherung verschlechtern und schließlich die schon vorhandenen Segmentationslinien des Arbeitsmarktes vertiefen werden. Verschärft werden die Spaltungstendenzen des Arbeitsmarktes darüber hinaus dadurch, daß der sozialstaatliche Schutz- und Solidarzusammenhang schärfer noch als zuvor unter den Vorbehalt der Kriterien eben dieses Normalarbeitsverhältnisses gestellt wird — mit der Folge, daß Schutzdefizite und Versorgungslücken auftreten, die Dauerarmut und Dauerausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen wahrscheinlich machen. Kurzum: Die Vision von der »Ellenbogengesellschaft« scheint keine bloße Schimäre mehr. Mückenberger hält indes den Prozeß der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses für schlichtweg unumkehrbar. Darum mündet sein perspektivischer Aufriß in der doppelten Option: Verteidigung überkommener sozialer Errungenschaften bei gleichzeitiger Diskussion und Ausarbeitung von Alternativen zu den derzeit noch allein aufs Erwerbsarbeitssystem gerichteten Strategien. Die These von der Erosion traditioneller Mitgliederstrukturen der Industriegewerkschaften scheint eine Binsenweisheit. Wenn es um die Interpretation empirischer Entwicklungen zum Zwecke einer gewerkschaftspolitischen Strategiefindung geht, werden daraus aber häufig Fehlschlüsse gezogen. Empirische Daten über Veränderungsprozesse industrieller Arbeit und politische Wunschvorstellungen vermischen sich von Zeit zu Zeit, nach gewolltem Zufall. Die »neuen Produktionskonzepte« (nPk), die Unterscheidung von Rationalisierungsgewinnern, -duldern und -verlierern sind noch in allen Ohren — und auch die politischen Hoffnungen auf neue Bündnisse für eine soziale und ökonomische Modernisierungspolitik. Sogar die IAB/Prognos-Studie »Arbeitskräftestruktur 2000« scheint passendes Hintergrundmaterial dafür zu liefern: die Mikroelektronik wird den Trend zur Dienstleistungsgesellschaft verstärken (57 % aller Erwerbstätigen werden im Jahr 2000 im tertiären Sektor arbeiten), der Anteil von Un- und Angelernten wird von 32 % auf 20 % sinken, der Anteil betrieblich ausgebildeter Fachkräfte wird dagegen von 53 % auf 60 % steigen und der der Hochschulabsolventen von 8,5 % auf 15 %. Die gewerkschaftspolitischen Schlußfolgerungen aus diesen Entwicklungsperspektiven scheinen gleichsam auf der Hand zu liegen.

I. und L. Hacks Beitrag ist als Einspruch gegen diese naheliegende Schlußfolgerung zu verstehen. Ihrer Meinung nach werden Strukturveränderungen industrieller Produktionssysteme so stilisiert und selektiv wahrgenommen, als ob eine gemeinsame Interessensbasis zukünftig wie von selbst entstehen könnte. Sie entdecken eher »neue Partnerschaftskonstruktionen« (nPk) als »neue Produktionskonzepte« (nPk). Ihr Interesse gilt den empirischen Konturen des Gesamtarbeiters. Es gelingt ihnen zu zeigen, daß nicht primär unternehmens- und betriebsbezogene Konzepte die Strukturveränderungen eingeleitet haben, sondern daß es Organisationsformen, rechnergestützte, vernetzte Produktionssysteme und die Orientierung an Funktionswerten sind, in denen und durch die industrielle Strukturveränderungen erzeugt werden. Demnach muß der gesamte Prozeß der industriellen Arbeiten, von der Forschung

bis hin zu den Kundenbeziehungen als ein durchgängiger Informationszusammenhang ausgelegt werden — d.h. aber: es wird die »geistige« Arbeit der Angestellten in kontrollierbare immaterielle Produktionsprozesse umgestaltet. Diese ganzheitliche Konstruktion der sozialen Realität völlig unterschiedlicher Arbeiten darf dabei nicht zu dem Kurzschluß verleiten, als würden die methodisch vergleichbar gemachten Arbeiten auch zunehmend gleichartig. Ähnliches gilt für das Problem fragmentarisierter Arbeitnehmerinteressen: Auch hier werden Gemeinsamkeiten durch das Mittel der Typenbildung (Rationalisierungsgewinner) eher vorgetäuscht. Wenn es darum eine relativ stabile Anforderung an gewerkschaftliche Strategien in diesem Bereich gibt, dann die, »die naturwissenschaftlich-technologischen und die sozio-ökonomischen Kriterien in einen *denkbaren* und sodann in einen politisch handhabbaren Zusammenhang zu bringen«.

B. Lüthje macht in seinem Artikel auf Entwicklungstendenzen in der Hochtechnologiebranche Telekommunikation aufmerksam, die in absehbarer Zeit auch in der Bundesrepublik zu gravierenden Konsequenzen führen könnten. Besonders in den USA und in Großbritannien sind unter dem Vorzeichen einer neo-konservativen Marktideologie bedeutsame Veränderungen in den ökonomisch-politischen Rahmenbedingungen der Entwicklung der Telekommunikation geschaffen worden. Sie haben nicht nur zu enormen Arbeitsplatzverlusten in den traditionell gesicherten Beschäftigungsverhältnissen der »communication workers« geführt, sondern auch gewerkschaftliche Einflußmöglichkeiten auf die Technikentwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationsnetze nahezu gänzlich beseitigt. Dagegen bildet die Stabilität des Fernmeldemonopols der Deutschen Bundespost jenen Rahmen, der bislang die sozialpartnerschaftlichen Beziehungen zwischen Kapital, Staat und Gewerkschaften im westdeutschen Telekommunikationssektor garantiert. Nach Lüthje ist es jedoch nur eine Frage der Zeit, bis sich über eine Neudefinition der ökonomischen Rationalitätskriterien kapitalistischer Staatsintervention eine konsequente Gewinn- und Kostenorientierung des Staatsunternehmers Bundespost durchsetzt. Angesichts der bereits eingeleiteten und bevorstehenden Rationalisierungsmaßnahmen wird es für erfolgreiche gewerkschaftliche Strategien der Beschäftigungssicherung entscheidend sein, ob es gelingt, die einheitliche Unternehmensstruktur der Deutschen Bundespost zu erhalten. Denn die Kommerzialisierung der DBP zielt auch auf eine Segmentierung und Fragmentierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung — durch die Aufspaltung des Unternehmens in »ökonomische« und »unökonomische« Betriebseinheiten. Damit wäre langfristig die vom Funktionieren eines einheitlichen, hierarchisierten Systems der gesetzlichen Personalvertretung geprägte Struktur der Betriebsgewerkschaft DPG in Frage gestellt.

Der gewerkschaftliche Kampf um die Arbeitszeitverkürzung bleibt ein gesellschaftspolitischer Machtkampf ersten Ranges. Wenn Anfang 1987 die nächste Runde eingeleitet wird, dann müssen zuvor die Erfahrungen des Arbeitskampfes von 1984 und der betrieblichen Umsetzung des damals ausgehandelten Tarifvertrages verarbeitet werden. *R. Schmidt* und *R. Trinczek* präsentieren in ihrem Beitrag — auf Basis der Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur betrieblichen Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung — erste Schlußfolgerungen für eine künftige Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik. Im Mittelpunkt stehen dabei die drei wohl umstrittensten Probleme der tarifvertraglichen Regelungen: 1. Bedeutet die Verlagerung gewerkschaftlicher Entscheidungskompetenzen auf die betriebliche Ebene eine Stärkung oder eine Schwächung der Vertretungsmacht von Arbeitnehmerinteressen? 2. Welche konkreten Form der Arbeitszeitverkürzung (wöchentliche AzV oder Freie-Tage-Regelungen) kann den verschiedenen Interessenlagen der Arbeitnehmer gerecht werden, ohne die vereinheitlichten tarifpolitischen Arbeitszeitstrategien der Gewerkschaften zu gefähr-

den? 3. Spalten die differenzierten Arbeitszeiten die Arbeitnehmerschaft derart, daß eine kollektive Arbeitszeitpolitik künftig eher erschwert wird?

Die *IG Metall* selber hat in einem bemerkenswerten Positionspapier (»Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen«) Argumente dafür vorgebracht, daß eine solidarische gewerkschaftliche Politik des Absicherns und des Ausbaus kollektiver Besitzstände und Schutznormen nicht in Gegensatz geraten muß zu einer Politik, die den differenzierten Interessenlagen der Lohnabhängigen nach eigener Gestaltung ihrer Arbeitszeit Raum verschafft. Wir dokumentieren hier Auszüge aus diesem Papier, weil es ein Beispiel tarifpolitisch umgesetzter Erfahrungen Lernfähigkeit einer Großorganisation ist, von dem wir hoffen, daß es in Zukunft Schule macht.

* * *

Um eine Zukunftsvision geht es bei der EG schon längst nicht mehr. Auch wenn die politische und ökonomische Integration ihrer Mitgliedsländer heute ebensowenig dem Ideal der »Vereinigten Staaten von Europa« gerecht wird wie in den 50er und 60er Jahren, so hat sich der Einflußbereich der EG, ihrer Institutionen und Kompetenzen, in den letzten Jahren doch erheblich ausgeweitet. Nicht zuletzt, so die Ausgangsthese von *Ingeborg Tömmel* in diesem Heft, ging der sukzessiven Aufnahme neuer Mitgliedsländer auch eine Erschließung neuer Politikbereiche auf EG-Niveau einher, deren nationale und transnationale Auswirkungen einer differenzierten wissenschaftlichen Untersuchung und vorsichtiger politischer Bewertung bedürfen. Am Beispiel der Regionalpolitik der EG, spezifiziert am Falle Italiens, versucht Tömmel zu zeigen, daß die EG nicht primär als eine räumlich größere und hierarchisch höhere Kompetenzebene nationalstaatlicher Politiken zu verstehen ist, sondern eher als eine »zusätzliche Ebene«, die mit differenzierten Instrumenten ein »nationales Entwicklungsmodell« stützen und reorganisieren kann. Dies geschieht aber offensichtlich nicht gradlinig, im Sinne einer Stärkung der nationalen Ökonomie(n), sondern in der Form einer subtilen Einpassung (hier: Italiens) in die arbeitsteilige Wirtschaft Westeuropas — mit der Folge einer Aufwertung der Zentrumsregionen in den Mitgliedsländern auf Kosten ihrer jeweiligen Peripherien.

* * *

Mit *Veit M. Baders* Habermas-Kritik setzen wir fort, was in PROKLA 62 mit dem Abdruck des Beitrags von A. Przeworski begonnen wurde: Theoretische und methodologische Ansätze und Schulen, wichtige Neuerscheinungen, ausländische Autoren und neuere Themen zu diskutieren, die eine intellektuelle Provokation für all diejenigen (linken) Zeitgenossen darstellen, die ihren Geist noch nicht dem post-modernen »anything goes« überantwortet haben. Baders Habermas-Kritik hat eine recht unguete Vorgeschichte: Ein umfänglicherer Artikel als der hier abgedruckte sollte zunächst in einem soeben bei Suhrkamp erschienenen Diskussionsband zur »Theorie des kommunikativen Handelns« veröffentlicht werden, scheiterte aber am Veto von Habermas. Was Bader an kritischen Anmerkungen zu Habermas' Empfehlung einer »schmerzlosen Entkopplung von System und Lebenswelt« zu Papier gebracht hat, erschien der PROKLA-Redaktion indes als publikationswürdig — keine umfassende und allen Aspekten der »Theorie des kommunikativen Handelns« gerecht werdende Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten Theoriebeiträge der letzten Jahre,

doch auf jeden Fall ein Artikel, der das Augenmerk auf problematische Schwachstellen einer anspruchsvollen Gesellschaftstheorie richtet. Bader thematisiert darin einige theoretische Inkonsistenzen der konzeptkonstitutiven Begriffe »System« und »Lebenswelt«, und er versucht, Selbstwidersprüchlichkeiten bei der empirischen Abgrenzung und Vermittlung von »System und Lebenswelt« nachzuweisen. Seine wohl gewichtigste Kritik an Habermas ist aber wohl die, daß durch die anempfohlene Entkopplung von System und Lebenswelt, mit der Habermas auf Prozesse »kolonialisierender« Durchdringung lebensweltlicher, verständigungsorientierter Handlungsbereiche durch systemische Imperative wie Monetarisierung und Bürokratisierung zu antworten versucht, in letzter Konsequenz die Perspektive einer umfassenden Demokratisierung von Wirtschaft und Staat geopfert wird.

Eratum

In PROKLA 62, S. 133, 1. Abschnitt, 14. Zeile soll als gestrichen gelten:
»...der zuständigen Dachorganisation der Unternehmer...«